

# AUSWEITUNG DES EUROPÄISCHEN GRENZREGIMES:

Flughafen Berlin-Brandenburg soll zum Massenabschiebezentrum werden





### © Titelfoto von Maheshukumar Painam

Verfasst von Danny Callaghan June 2023

borderline-europe leistet seit 2007 zivilen Widerstand gegen die EUropäische Grenz- und Migrationspolitik. Wir haben unseren Sitz in Berlin und Zweigstellen in Palermo und Mytilini.

Als transnationales Netzwerk von Aktivist\*innen erstellen wir Berichte, Analysen und Informationsmaterial und organisieren öffentliche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen. Wir kämpfen für ein aktives und kritisches politisches Bewusstsein, das den Folgen einer rassistischen und tödlichen Grenzpolitik entgegenwirkt und sie aktiv sabotiert. Unser Ansatz ist daher zwangsläufig feministisch, emanzipatorisch, antirassistisch und antikapitalistisch.

Mehr Informationen auf unserer Website: <a href="www.borderline-europe.de">www.borderline-europe.de</a>
Unterstützt unsere Solidaritätsarbeit: <a href="betterplace">betterplace</a>

Spendenkonto borderline-europe e.V. GLS Bank. Bochum

IBAN: DE11 4306 0967 4005 7941 00

BIC: GENODEM1GLS (Bochum)

## Ausweitung des europäischen Grenzregimes: Flughafen Berlin-Brandenburg soll zum Massenabschiebezentrum werden

Die Bundesregierung plant, das Terminal 5 des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) ab 2025 in ein Massenabschiebezentrum umzubauen. Menschen, die auf eine Entscheidung in einem Asylverfahren warten, sollen auf unbestimmte Zeit in Abschiebehaft genommen werden, mit eingeschränktem Zugang zu Rechtswegen und weitreichenden Einschränkungen ihrer Grundrechte. Die Ausweitung der Kapazitäten des Flughafens BER zur Inhaftierung von Asylbewerber\*innen ist eine einheitliche Entwicklung einer umfassenderen europäischen Grenzpolitik, die auf Strategien der Abschottung und Abschreckung beruht.



Abschiebezentrum BER verhindern Protestcamp - Foto von Lisa Vierheilig

Darüber hinaus steht diese Politik im Einklang mit der vorgeschlagenen grundlegenden Reform des EU-Asylsystems, die eine weitere Verschärfung der Grenzbestimmungen, eine dauerhafte Einbindung von "Drittstaaten" in die Bearbeitung von Asylbewerber\*innen und eine grauenhafte Vernachlässigung der völkerrechtlich verankerten staatlichen Verantwortung vorsieht.

### Was passiert am Flughafen BER?

Die Bundesregierung hat mit dem Brandenburger Landesministerium <u>vereinbart</u>, das Terminal 5 des BER in ein harmlos klingendes "integriertes Einreise- und Ausreisezentrum" umzubauen. In dem Zentrum sollen bis zu 120 Asylbewerber\*innen untergebracht und die Zahl der Asylschnellverfahren deutlich erhöht werden.

Erklärtes Ziel des Projekts, das ab 2026 über 300 Millionen Euro kosten soll, ist es, das Asylsystem in Deutschland effizienter zu gestalten und die einzelnen Verfahren zu beschleunigen. In Wirklichkeit wird dies dazu führen, dass unschuldige Menschen inhaftiert werden, Asylbewerber\*innen ihre Verfahren ohne Zugang zu den Grundfreiheiten oder angemessenen Rechtsbeistand durchlaufen und die Zahl der Abschiebungen exponentiell ansteigt.

Über 60 Organisationen, bestehend aus NGOs, Menschenrechtsanwält\*innen und Flüchtlingsräten aus ganz Deutschland, engagieren sich in einer <u>Petition</u> gegen das Massenabschiebezentrum am Berliner Hauptflughafen. Mit dem geplanten Ausbau der Abschiebehaft im Terminal 5 des Flughafens BER, welches derzeit mit einer Kapazität von bis zu 32 Personen betrieben wird, würde das Zentrum neben Frankfurt am Main <u>zum größten Standort</u> für schnelle Flughafenasylverfahren in Deutschland werden. Die Petition setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein und orientiert sich an humanitären Grundsätzen.

"Das gleiche Geld könnte für die Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden verwendet werden," <u>sagt</u> Tareq Alaows von PRO ASYL. "Es geht stattdessen in rechtsstaatlich höchst problematische Schnellverfahren und Inhaftierungen von unschuldigen Menschen".

## EU-Grenzregime: eine Politik der Abschottung und Abschreckung

Ein Massenabschiebezentrum am Flughafen BER ist eine strategische Weiterentwicklung der allgemeinen Migrationspolitik der EU. Die europäische Grenzpolitik ist ein Projekt, das auf Ausgrenzung beruht: Das Schengener Übereinkommen ermöglicht die Freizügigkeit innerhalb Europas, verhindert aber gleichzeitig die Einreise von außerhalb der Grenzen und kriminalisiert die-

jenigen, die es versuchen. Doch auch innerhalb der europäischen Grenzen ist die Freizügigkeit nicht überall gegeben. Die durch Maßnahmen wie die Dublin-Verordnung verhängten Freizügigkeitsbeschränkungen zielen darauf ab, die Freiheit von Menschen einzuschränken, die als irregulär gelten - das heißt von Menschen, die nicht über die begrenzten legalen Einreisewege eingereist sind.

Zur Kontextualisierung: jedes Jahr werden weniger als 1 Prozent der Geflüchteten neu angesiedelt, wobei die EU für das Jahr 2020 30.000 Personen die legale Einreise angeboten hat, diese aber nicht gewähren konnte.

Das EU-Grenzregime zielt darauf ab, Migration grundsätzlich zu verhindern, was durch Praktiken der Abschottung und Abschreckung erreicht wird. Die systematische Inhaftierung von Asylbewerber\*innen, sei es in Lagern oder an Flughäfen, bedeutet, dass unmenschliche Bedingungen geschaffen werden, die das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung verletzen, um die Wirkung der so genannten "Pull-Faktoren" zu untergraben - und das, obwohl es keine allgemeingültigen oder angewandten Beweise im aktuellen Kontext für die Logik der Push-Pull-Theorie gibt.

Zu den von der EU verfolgten Abschreckungsstrategien gehören die <u>unbefristete Inhaftierung von Schutzsuchenden</u>, gewaltsame <u>Push-Backs</u> an den Außengrenzen und die <u>Kriminalisierung ziviler Akteur\*innen</u>, die Such- und Rettungsaktionen durchführen. In den Gewahrsamseinrichtungen besteht die Gefahr, dass die Zwangseinweisung sowohl gegen <u>deutsches</u> als auch gegen <u>internationales</u> Recht verstößt, wobei die Folgen der Inhaftierung häufig sowohl unmittelbare als auch langfristige psychische und physische Schäden nach sich ziehen.

Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren Asylschnellverfahren instrumentalisiert, um Antragsteller\*innen den Zugang zu Rechtswegen zu verwehren und Massenabschiebungen zu fördern. In Deutschland ist die Ablehnungsquote bei Asylschnellverfahren zwischen 2013 und 2019 von einem in zwanzig Fällen auf mehr als jeden zweiten Fall gestiegen. Gleichzeitig gibt es in der EU fast eine Million anhängige Anträge, die Asylsuchende in einem Schwebezustand belassen. Die Ausweitung der beschleunigten Asylverfahren kann nur als Mittel zur Abschiebung angesehen werden. Die Erwartungen für BER gehen von einer Verzehnfachung (im Vergleich zu 2021) der Schnellverfahren ab 2025 aus. Darüber hinaus macht die Durchführung dieser Verfahren hinter verschlossenen Türen bzw. in "integrierten Zentren" den Schaden von Inhaftierung und Abschiebung undurchsichtig, wodurch der Widerstand der Öffentlichkeit wirksam abgeschwächt wird.

### Die Zukunft des Asylsystems der EU

Eine <u>umfassende Reform</u> des europäischen Asylsystems wird seit 2020 diskutiert. Die jüngsten Entwicklungen scheinen kurz vor einer Einigung über eine Überarbeitung zu stehen, die die Einführung obligatorischer Verfahren an den europäischen Außengrenzen, die Ausweitung der Verlegung von Asylbewerber\*innen in Drittländer während ihres Antrags und die Konsolidierung des dysfunktionalen <u>Dublin-Systems</u> vorsieht.

Eine solche Politik gefährdet die Sicherheit von Menschen auf der Flucht und droht, die Grundlagen rechtsverbindlicher Verträge wie der <u>Genfer Flüchtlingskonvention</u>, die die Rechte von Vertriebenen schützen sollen, zu untergraben.

Vor dem Hintergrund des nachlassenden Engagements der EU für faire und gerechte Asylverfahren, dem Kernthema des Treffens der europäischen Innenminister\*innen diesen Monat, ist die Inhaftierung von Geflüchteten Migrant\*innen am Flughafen BER eine Pflichtvergessenheit wiederholte einem Apparat, der keine Menschlichkeit kennt. Die Unmenschlichkeit der FU-Migrationspolitik muss anerkannt und die Normalisierung der Grausamkeit abgelehnt werden - ohne Kompromisse.



Kein Asylkompromiss 2.0 Protest



### Menschenrechte ohne Grenzen

#### Kontaktiert uns unter:

Human Rights without borders e.V.

<a href="https://www.borderline-europe.de/">https://www.borderline-europe.de/</a>
mail@borderline-europe.de

